

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 11. Februar 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Februar 2022)

zum Thema:

Was ist nur mit der Deutschen Welle los?

und **Antwort** vom 01. März 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. März 2022)

Die Regierende Bürgermeisterin
von Berlin
– Senatskanzlei –

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/10995
vom 11. Februar 2022

über

Was ist nur mit der Deutschen Welle los?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft teilweise Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat die Deutsche Welle (DW) um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Die Deutsche Welle (DW; Hauptsitz: Bonn, Nebensitz: Berlin; Intendant: Peter Limbourg) ist eine Rundfunkanstalt des Bundesrechts, eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts und der öffentlich-rechtliche Auslandssender der Bundesrepublik Deutschland. Die DW ist Mitglied der ARD sowie Bestandteil der auswärtigen Kulturpolitik, sendet in 30 Sprachen und „hat den gesetzlichen Auftrag, deutsche und europäische Sichtweisen in den internationalen Diskurs einzubringen“¹. Die DW verfolgt im Ausland auch weitergehende Ziele: Nur wenn die Menschen dort freie Informationen und vielfältige Perspektiven erhalten, besteht eine Chance auf Wandel“ (Karl Jüsten, Rundfunkratsvorsitzender).

¹ Kein Steuergeld für Judenhasser, Neue Zürcher Zeitung, 09.12.2021,
<https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/kein-steuergeld-fuer-judenhasser-ld.1659482>

Die DW erhält Mittel in Höhe von 363,5 Mio. € aus dem Bundeshaushalt 2021², wozu noch projektbezogene Mittel des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kommen („deutscher Staatssender, der Steuergeld direkt über die Stelle der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien erhält“³). Rundfunkbeiträge erhält die DW nicht. „Die DW-Führung ist damit sowohl Bundesregierung als auch Bundestag rechenschaftspflichtig und muss jährlich ihre Aufgabenplanung für das jeweils folgende Haushaltsjahr vorlegen“ (Jüdische Allgemeine, 22.01.2022).

Die DW arbeitet im Ausland eng mit sogenannten Partnersendern („Partner für Premiumschalten“ [Zitat DW]) zusammen, an die im Rahmen der Zusammenarbeit ein Teil der Haushaltsmittel geht.

Die DW ist seit 2016 mehrfach in die Kritik geraten, derzeit sieht sie sich mit einem „Antisemitismusskandal“ konfrontiert.

Mitarbeiter und Redakteure (auch hochrangige) der Korrespondentenbüros im Nahen Osten bzw. der Arabisch-Redaktion – es handelt sich allgemein um bis zu 80 % freie einheimische Mitarbeiter, darunter Farah Maraqa [2017–22; ihr wurde Anfang Februar von der DW gekündigt] – werden durch eine „Partnerstrategie“ eingebunden. „... Kooperationspartner in der arabischen Welt - sechs Fernsehsender und rund 200 weitere Medienplattformen“.⁴ Die DW kooperiert mit dem libanesischen Sender „Al Jadeed“ aus Beirut und mit dem jordanischen Sender „Roya TV“ aus Amman; Roya TV sei in der arabischen Welt als liberaler und offener Sender bekannt ... mache sich für Menschenrechte und für Demokratie stark ... (P. Limbourg; „[DW] auf Kooperationen mit Partnersendern angewiesen“).

Der Verwaltungs- und Rundfunkrat der DW setzte die Zusammenarbeit mit „Roya TV“ und mehreren Journalisten bzw. Mitarbeitern der DW am 5. Dezember 2021 aus.

Den Partnersendern und Mitarbeitern werden die Glorifizierung von Terror und von Selbstmordanschlägen gegen Juden sowie die Verehrung der Hisbollah nachgesagt. Laut Zeitungs- und Onlineberichten⁵ hat es wiederholt und öffentlich antisemitische und antiisraelische Äußerungen gegeben⁶, dazu „antisemitische Kommentare und Karikaturen in den Sozialen Medien, die vom Sender [Roya TV] verbreitet wurden“.

Die DW hatte angekündigt, eine „unabhängige externe Untersuchung beauftragen“, und berief drei externe „Ermittler“ (Sabine Leutheuser-Schnarrenberger, Ahmad Mansour und dessen Ehefrau Beatrice Mansour), denen zwei Wochen zur Verfügung stehen sollen (bzw. deren endgültiger Bericht voraussichtlich Ende Januar⁷ vorgelegt werden soll), um „sich mit der

² Gesetz über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts „Deutsche Welle“ (Deutsche-Welle-Gesetz – DWG): § 45 Einnahmen, (1) Die Deutsche Welle finanziert sich aus dem jährlichen Zuschuss sowie Zuwendungen des Bundes und sonstigen Einnahmen.

https://www.google.de/search?q=Gesetz+%C3%BCber+die+Rundfunkanstalt+des+Bundesrechts+%E2%80%9EDeutsche+Welle%E2%80%9C+&source=hp&ei=7KrAYaO8LsaCur4P6LSd2Ac&flsig=ALS-wAMAAAAAYcC4_EFPKnVtC2fsAJz-ov9bl-Lwk4H&ved=0ahUKEwj4uyA4vL0AhVGgc4BHWbaB3sO4dUDCAw&oq=Gesetz+%C3%BCber+d ie+Rundfunkanstalt+des+Bundesrechts+%E2%80%9EDeutsche+Welle%E2%80%9C+&gs_lcp=Cg dnd3Mtd2l6EAXoRRYorRRg6B9oAXAAeACAAW6IAW6SAQMwLjGYAQCgAQKqAQGwAQAA&s client=gws-wiz

³ Deutsche Welle: Schwierigkeiten bei der Partnerwahl, ZEIT ONLINE, 18.12.2021,

https://www.zeit.de/kultur/film/2021-12/deutsche-welle-antisemitismus-auslandssender?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F

⁴ Medien: Peter Limbourg kündigt harten Kurs an – und räumt eigene Versäumnisse ein, Jüdische Allgemeine, 15.12.2021,

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/peter-limbourg-kuendigt-harten-kurs-an-und-raeumt-eigene-versaemnisse-ein/>

⁵ U. a. VICE, Auch im Libanon unterstützt die Deutsche Welle Judenhass, 07.12.2021,

<https://www.vice.com/de/article/jgmpqd/vice-recherche-auch-im-libanon-unterstutzt-die-deutsche-welle-israelhass>

⁶ SPIEGEL, Deutsche Welle beschäftigte israelfeindliche Journalistin, 09.12.2021,

<https://www.spiegel.de/kultur/deutsche-welle-beschaefigte-israelfeindliche-journalistin-a-80832531-479a-4441-a903-5d6030a5dc8f>

⁷ „Der Bericht der beiden Prüfer soll in einigen Wochen fertig sein. Mitte Februar will sich dann auch der Kulturausschuss des Bundestags des Falls annehmen und die Schlussfolgerungen

Affäre zu befassen“⁸, zu der es bereits einen Zwischenstand gibt: eine Sitzung des Distributionsausschusses des Rundfunkrates und eine anschließende Pressemitteilung der DW⁹. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) war mit den Zwischenstandsergebnissen nicht zufrieden. Vorwürfe an die DW zu Machtmissbrauch, Vettternwirtschaft und ideologischen Verzerrungen hatte es laut SZ bereits früher gegeben.¹⁰

„Neben einer Ergänzung des Verhaltenskodex‘ („Ethikcode“¹¹; „bis Januar noch einmal nachschärfen“ [Zeit, 18.12.] wird die Kooperation mit einem kontroversen Partner ausgesetzt.“¹²

Und: „Für Hetze gegen Juden und den jüdischen Staat gibt es bei der Deutschen Welle keinen Platz“ (Peter Limbourg).¹³

„Der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages wird sich mit der Deutschen Welle beschäftigen ... Voraussichtlich im Februar soll es so weit sein ...“¹⁴

»Beim Vertrieb, also der Zusammenarbeit mit anderen Sendern, sei man „bisher nicht auf eklatante Missstände gestoßen“. Man müsse „auch aufpassen, dass wir in einer solchen Diskussion unsere Distributionspartner weltweit nicht pauschal verunglimpfen, auch nicht in der arabischen Welt“ (Peter Limbourg).«¹⁵

„Unterdessen berichtete die »Welt« (Montag [17.01]) über neue Recherchen, die zeigten, »dass die steuerfinanzierte Deutsche Welle in der Vergangenheit nicht nur im Nahen Osten mit Medien zusammenarbeitete, die für israelfeindliche und teilweise explizit antisemitische Positionen bekannt sind ... So seien auf einer Liste von Partnermedien aus dem Jahr 2016 unter anderem zwei arabischsprachige Nachrichtenseiten aufgeführt, die aus Großbritannien betrieben würden und immer wieder durch fragwürdige Positionen und Inhalte auffielen... Die Ergebnisse der Untersuchung sollen bis Ende Januar vorliegen. Intendant Peter Limbourg hat

Mansours und Leutheusser-Schnarrenbergers diskutieren – auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion (Jüdische Allgemeine, 22.01.2022).

⁸ Antisemitismusvorwürfe – Noch viel zu tun bei der Deutschen Welle, SZ, 17.12.2021, <https://www.sueddeutsche.de/medien/deutsche-welle-antisemitismus-untersuchung-1.5490747>

⁹ Stellungnahme: Artikel der SZ über Antisemitismus-Vorwürfe gegen DW-Mitarbeitende, DW, 30.11.2021, <https://www.dw.com/de/stellungnahme-artikel-der-sz-%C3%BCber-antisemitismus-vorw%C3%BCrfe-gegen-dw-mitarbeitende/a-59982454>

¹⁰ Deutsche Welle – Schikane, Beschwerde, Rauswurf, Süddeutsche Zeitung, 11.02.2021, <https://www.sueddeutsche.de/medien/deutsche-welle-vorwuerfe-kritik-mitarbeiter-1.5203044?reduced=true>

¹¹ Die Deutsche Welle und ihre israelfeindlichen Partner – Die arabische Normalität passt oft nicht zu deutschen Geboten, DER TAGESSPIEGEL, 19.12.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-deutsche-welle-und-ihre-israelfeindlichen-partner-die-arabische-normalitaet-passt-oft-nicht-zu-deutschen-geboten/27907422.html>

¹² Nach Recherchen – Deutsche Welle verschärft Verhaltenskodex um Positionen zu Antisemitismus, WELT, 15.12.2021, https://www.welt.de/politik/deutschland/article235686756/Deutsche-Welle-verschaerft-Verhaltenskodex-um-Positionen-zu-Antisemitismus.html?source=puerto-reco-2_AAA-V1.A_control

Antisemitismus-Vorwürfe – Deutsche Welle will Verhaltenskodex nachbessern, SPIEGEL Kultur, 15.12.2021, <https://www.spiegel.de/kultur/deutsche-welle-will-verhaltenskodex-nach-antisemitismus-vorwuerfen-schaerfen-a-88252405-2f86-4cf0-a5d8-13f387347cf8>

¹³ Deutsche Welle: Auslandsrundfunk beschäftigt sich mit Vorwürfen, FAZ.NET, 17.12.2021, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/deutsche-welle-und-antisemitismus-kritik-einblick-in-aufarbeitung-17690155.html>

¹⁴ Antisemitismusvorwürfe – Deutsche Welle wird Thema im Kulturausschuss, DWDL.de, 11.01.2022, https://www.dwdl.de/nachrichten/86088/deutsche_welle_wird_thema_im_kulturausschuss/

¹⁵ Vorwürfe gegen Deutsche Welle – Debatte über Judenhass, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.01.2022, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/antisemitismusvorwuerfe-bundestag-befasst-sich-mit-deutsche-welle-17727974.html>

angekündigt, dass man sich möglicherweise von Mitarbeitern und »von einigen Distributionspartnern trennen« müsse.“¹⁶

»Die Deutsche Welle (DW) hat ein Trennungsverfahren gegen fünf Journalisten eingeleitet, die sich antisemitisch und israelfeindlich geäußert haben ... Neben fünf Personen, bei denen man die Suspendierung empfehle, seien acht weitere Mitarbeiter aufgefallen, die in „unterschiedlichen Intensitäten“ antisemitische oder gewaltverherrlichende Äußerungen getroffen hätten [insgesamt 13 Personen] ... Mansour machte deutlich, dass ein Neuanfang dringend notwendig sei ... Bereits vor der Pressekonferenz hatten zwei DW-Mitabeiterinnen (!; darunter: Farah Maraqa) bei Facebook und Twitter ihre Entlassung publik gemacht ... Ausdrücklich erwähnte Intendant Limbourg zudem einen Fall, bei dem der Sender habe einräumen müssen, dass ein antisemitischer Verdachtsfall nicht konsequent genug verfolgt worden sei. In diesem Fall hätte es schon früher zur Suspendierung eines Mitarbeiters kommen müssen.«¹⁷

1. In welcher Form ist das Land Berlin, direkt oder indirekt, an der Finanzierung der DW beteiligt?

Zu 1.: Das Land Berlin ist an der Finanzierung der DW nicht beteiligt. Die DW ist seit der Neuordnung des Rundfunks als Folge der Deutschen Einheit die einzige verbliebene Rundfunkanstalt nach Bundesrecht. Anders als die ARD-Landesrundfunkanstalten, das ZDF und Deutschlandradio wird die DW nicht durch den Rundfunkbeitrag finanziert, sondern aus Steuermitteln des Bundes. Insoweit liegt die Zuständigkeit bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien.

2. Gibt es inhaltliche Berichte der DW, die in Berlin geschaffen werden?

Zu 2.: Nach Auskunft der DW werden an beiden Standorten (Berlin und Bonn) inhaltliche Berichte geschaffen.

3. Ich bitte um Stellungnahme des Senates bzw. des Nebensitzes Berlin der DW zu den seit 2016 bestehenden und des Weiteren zu den aktuellen Vorwürfen Antisemitismus betreffend.

Zu 3.: Die DW verweist auf ihre Pressemitteilung vom 7. Februar 2022, in der sie zu den Ergebnissen der unabhängigen Expertenkommission und zur Präsentation des Untersuchungsberichts zu den Antisemitismus-Vorwürfen ausführt.

Aus Sicht des Senats ist es zu begrüßen, dass die DW nun eine verbindliche Antisemitismus-Definition erarbeiten und einen damit verbundenen Verhaltenskodex der Mitarbeitenden zum Bestandteil der Arbeitsverträge machen möchte. Antisemitismus und auch Rassismus sollten überall mit

¹⁶ Medien – Deutsche Welle wird Thema im Bundestag, JüdischeAllgemeine, 17.01.2022, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/deutsche-welle-wird-thema-im-bundestag/>

¹⁷ Deutsche Welle trennt sich nach antisemitischen Äußerungen von Mitarbeitern, WELT, 07.02.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article236743167/Antisemitische-Aussagen-Deutsche-Welle-entlaesst-Mitarbeiter.html>

Entschlossenheit und Nachdruck begegnet werden. Ergänzend hierzu teilt der Senat mit, dass bei der Polizei Berlin zu keinem Zeitpunkt Ermittlungen geführt wurden, die antisemitische Äußerungen von Mitarbeitenden der DW zum Gegenstand hatten.

4. Wie viele von den insgesamt „rund 3000 festangestellten und freien Mitarbeitern“¹⁸ sind im Nebensitz Berlin der DW beschäftigt und auf welche Aufgabenfelder verteilen sie sich? Bitte detailliert aufschlüsseln.

Zu 4.: Nach Auskunft der DW beschäftigt diese aktuell insgesamt 1.732 Festangestellte und weitere 1.750 freie Mitarbeitende mit Honorarrahmenvertrag. Damit liegt die Gesamtzahl der Beschäftigten bei rund 3.500 Personen. Die Aufgabenfelder am Standort Berlin liegen ganz überwiegend im Bereich Programming, hier insbesondere in der Erstellung der TV-Angebote. Daher liegt auch ein besonders großes Tätigkeitsfeld der Beschäftigten der Direktion Distribution, Marketing, Technology (DMT) im Bereich der Produktion.

Aus der nachfolgenden Übersicht ergibt sich die Verteilung der Festangestellten und Freien Mitarbeitenden (mit Honorar-Rahmenvertrag) der DW am Standort Berlin:

	Festangestellte	Freie Mitarbeitende
Direktion Programming	358	713
Direktion DMT	229	261
Intendanz (Directorate General)	22	5
Verwaltung (Business Administration)	40	
DW Akademie	35	44
Gesamt	684	1023

5. Inwieweit hat das Land Berlin Einfluss auf die Verteilung der Rundfunkgebühren?

Zu 5.: Als rechtliche Grundlage für die Verteilung der Rundfunkbeiträge dienen maßgeblich drei Staatsverträge. Das gesamte Verfahren der Ermittlung des Finanzbedarfs sowie die Höhe des Rundfunkbeitrags sind im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag (RFinStV) geregelt und festgehalten. Im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV) wird geregelt, dass die neun Landesrundfunkanstalten der ARD zusammen mit ZDF und Deutschlandradio den Beitrag erheben dürfen, wobei der Beitragseinzug für alle durch den Beitragsservice erfolgt. Der Medienstaatsvertrag (MStV) wiederum umfasst bundeseinheitliche Regelungen für das Medienrecht in Deutschland. Somit

¹⁸ Debatte – Die Deutsche Welle und der Judenhass, 22.01.2022, Jüdische Allgemeine, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-deutsche-welle-und-der-judenhass/>

regelt er etwa den gesetzlichen Auftrag, den der öffentlich-rechtliche Rundfunk erfüllen muss, sowie das duale Rundfunksystem, das sich aus privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern zusammensetzt. Alle drei Staatsverträge wurden von den Regierungschefinnen und -chefs der Länder einstimmig beschlossen und von den jeweiligen Landesparlamenten durch Zustimmungsgesetze genehmigt – mithin auch vom Land Berlin. Der jeweilige Betrag der anteilig an die einzelnen ARD-Landesrundfunkanstalten, das ZDF, das Deutschlandradio und die Landesmedienanstalten verteilten Rundfunkbeiträge richtet sich nach der Anzahl der Beitragsverpflichteten mit Wohnsitz und/oder Betriebsstätte im Land der jeweiligen Landesrundfunkanstalt.

6. Welche Kosten sind durch die Tätigkeit der drei Personen der externen Kommission entstanden? Wer hat die Kommission einberufen? Warum wurde ein Ehepaar dazu berufen?

Zu 6.: Der Senat kann hierzu keine Angaben machen.

Berlin, den 1. März 2022

Die Regierende Bürgermeisterin
In Vertretung

Dr. Severin Fischer
Chef der Senatskanzlei